



Etablierung des Zweiparteiensystems in Russland

von Heinrich Schwabecher

Das Parteiensystem in Russland hat in den vergangenen zwei Monaten durch die intensive Einwirkung des russischen Präsidenten, Wladimir Putin, sowie des stellvertretenden Leiters der Präsidentialadministration, Wladislaw Surkow, neue Formen angenommen. Zwischen März und August fanden auf Initiative des Kremls insgesamt drei Treffen mit den Parteivorsitzenden der Partei Rodina (Heimat), der Partei des Lebens sowie der Partei der Rentner statt. Als Ergebnis der Gespräche wurde am 29. August von den drei Parteien die Fusion und Bildung einer neuen linken Partei mit der vorläufigen Bezeichnung Vaterland, Rentner, Leben – Union des Vertrauens bekannt gegeben. Die neue Partei soll eine sozialdemokratische Ausrichtung bekommen und über die uneingeschränkte Loyalität zur Macht verfügen.

Handelt es sich um eine neue Partei der Macht (als „Partei der Macht“ wird in Russland die Regierungs-/Präsidentenpartei Einiges Russland bezeichnet; diese ist loyal gegenüber der Regierung und unterstützt Putins Politik im Parlament)? Welche Ziele verfolgt der Kreml damit? Wie ist eine solche Konstellation zu bewerten und welche Auswirkungen würden sie für das Parteiensystem, die Demokratie und die Außenpolitik Russlands haben?

Inhalt

1. Die Parteienfusion	Seite 2
2. Eine neue Partei der Macht?	Seite 2
3. Fazit	Seite 4
4. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	Seite 6

1. Die Parteifusion

Erst Mitte August dieses Jahres wurde bekannt, dass schon am 24. März 2006 ein Treffen zwischen dem stellvertretenden Leiter der Präsidentialadministration Wladislaw Surkow und führenden Mitgliedern der Russischen Partei des Lebens sowie deren Vorsitzenden Sergej Mironow stattgefunden hatte. Auf dem Treffen bedauerte Surkow die Struktur des heutigen politischen Systems, das auf den Ressourcen einer einzigen Person bzw. nur einer Partei basiere und plädierte für die Schaffung einer starken politischen Partei auf dem linken Flügel des russischen Parteiensystems. Diese Aufgabe soll die Russische Partei des Lebens übernehmen. Besonders betonte er, dass die Rivalität zwischen der neuen Partei und der Partei der Macht Einiges Russland nicht das Ziel sei. Er fürchte einen Kampf unter „Unseren“ (sredi swoich), der beiden Seiten nur schaden könne.

Auch Präsident Wladimir Putin spielte eine aktive Rolle in der Schaffung einer neuen Partei mit sozialdemokratischer Ausrichtung. Am 24. Juli und 14. August traf Putin die Vorsitzenden von zwei weiteren Parteien: der Partei Rodina (Heimat) sowie der Partei der Rentner. Jeweils nach den Gesprächen erklärten die Parteien ihre Fusionsabsichten mit der Partei des Lebens zu einer neuen politischen Kraft.

Am 29. August wurde schließlich die Fusion der drei Parteien und die Gründung einer neuen Partei mit der vorläufigen Bezeichnung „Vaterland, Rentner, Leben – Union des Vertrauens“ offiziell bekannt gegeben. Die neue Partei basiert auf den Prinzipien der Sozialdemokratie, tritt als politisches Gegenwicht zur Partei der Macht Einiges Russland auf und soll das politische Monopol dieser Partei einschränken. Die neue sozialdemokratische Partei sei bereit, eigene Lösungen für die vom Präsidenten gestellten Aufgaben vorzulegen, so Sergej Mironow, Vorsitzender der Partei des Lebens. Allerdings wurde betont, dass die neue Partei den politischen und wirtschaftlichen Kurs des Präsidenten Putin uneingeschränkt unterstütze und dass der nächste Präsident diesen Kurs fortsetzen solle, da jede Abweichung schwerwiegende Konsequenzen mit sich bringen würde.

2. Eine neue Partei der Macht?

Mit den Parlamentswahlen 2007 und Präsidentschaftswahlen 2008 steht Russland vor wichtigen politischen Entscheidungen, welche die Entwicklung des Landes in den nächsten Jahren maßgebend prägen werden. Daher versuchen die politischen Eliten, und insbesondere der Kreml, sich auf die bevorstehenden Herausforderungen vorzubereiten. Die neue Parteigründung wurde von der Staatsführung massiv mit dem Ziel betrieben, 2007 die Kontrolle über die Duma zu gewinnen und aus dieser Position heraus die Präsidentschaftswahlen im Jahr 2008 anzugehen.

Zwar bestehen kaum Zweifel, dass die Partei der Macht als Sieger aus den Duma-wahlen 2007 hervorgehen wird – entscheidend werden jedoch die Prozentzahlen der

Ergebnisse sein. Bei den Wahlen 2003 erhielt Einiges Russland nur 37,57% der Stimmen. Auch bei den letzten Regionalwahlen im März 2006 konnte die Partei nur in drei von acht Regionen mehr als 40% erreichen. Angesichts dieser Resultate ist zu erwarten, dass Einiges Russland trotz massiver Unterstützung durch den Kreml kaum mehr als 40% der Wählerstimmen erreichen wird. Da dies für eine absolute Mehrheit nicht ausreicht, ist eine Kontrolle des Parlaments allein über Einiges Russland nicht möglich. Da aber eine Mehrheit im Parlament für die Machtkontinuität lebensnotwendig ist, suchte die regierende Elite offenbar nach einer Alternative. Da die Kommunisten für diese Aufgabe nicht in Frage kamen und der Einzug der Partei Rodina in die Duma unsicher war, wären nur noch die Liberal-Demokraten (LDPR - Liberal-Demokratische Partei Russland) als Partner in Frage gekommen. Zwar kam bislang die LDPR mit Schirinowski als ihrem Parteivorsitzenden meist den Wünschen des Kremls entgegen, allerdings kann eine starke LDPR langfristig nicht im Interesse des Kremls liegen. Die einzige vorstellbare Variante zur Machtsicherung war deshalb die Gründung einer neuen, zur Staatsführung loyalen Partei.

Somit wurde die neue Partei vor allem darum geschaffen, die kommunistische Partei als einzig noch verbliebene oppositionelle Kraft in der Duma zu schwächen und schließlich zu verdrängen. Zu diesem Zweck soll mit der neuen Partei die linke Wählerschicht erreicht werden, die bislang nicht in der Reichweite der Kremlführung schien. Gleichzeitig soll die bei den kommenden Wahlen vermutlich als zweitstärkste Partei hervorgehende Neugründung uneingeschränkte Loyalität gegenüber der Staatsführung zeigen und so deren Macht absichern.

Sergej Mironow, Vorsitzender der Partei des Lebens, scheint für diese Ziele sowie für die Führung der neuen Partei besonders prädestiniert zu sein. Er ist Vorsitzender des Föderationsrates, persönlich mit Putin befreundet und hat ihm gegenüber in der Vergangenheit stets Loyalität gezeigt. Schon jetzt erfüllt Mironow die Erwartungen des Kremls, indem er versichert, dass die neue Partei dem Kurs Putins (bzw. seines Nachfolgers) treu bleiben wird. Er war auch der erste, mit dem der Kreml Gespräche über die Bildung einer neuen Partei führte. Aber auch ein anderer Parteivorsitzender kann nicht ausgeschlossen werden. Interessanterweise wurde am 26. August durch Medienberichte bekannt, dass der amtierende Verteidigungsminister und stellvertretende Ministerpräsident Sergej Ivanow, der schon seit langem als möglicher Nachfolger Putins gehandelt wird, die Position des Parteivorsitzenden einnehmen und gleichzeitig Präsidentschaftskandidat der neuen Partei werden soll.

Die endgültige Entscheidung über die Ausgestaltung der Machtverhältnisse innerhalb der Partei wird erst nach den Regionalwahlen im Oktober 2006 und März 2007 fallen. Im Oktober, wenn Regionalwahlen in acht Regionen Russlands stattfinden, gehen die Parteien noch getrennt. Der Erfolg der einzelnen Parteien bei diesen Wahlen wird ihre Stellung innerhalb der neuen Partei definieren. Doch schon jetzt scheint die Partei des Lebens mit Sergej Mironow von Präsident Putin favorisiert zu werden. Putin

gab schon am 3. August der Partei des Lebens die schriftliche Zustimmung, seine Bilder und Aussagen für Wahlkampfzwecke in den Regionen zu nutzen.

Der erste Parteitag der neu fusionierten sozialdemokratischen Partei soll angeblich Anfang Dezember stattfinden. Dort wird dann auch entschieden werden, wer von der Partei ins Präsidentschaftsrennen 2008 geht.

Ob die neue sozialdemokratische Partei den Erwartungen des Kremls gerecht werden wird, ist offen und wird nicht zuletzt von der Professionalität des Kremls abhängen. Schon im Jahr 2003 war von der Staatsführung versucht worden, mit der gezielten Gründung der Partei Rodina der Kommunistischen Partei Wählerstimmen zu entziehen. Zwar hat man die Kommunisten geschwächt, doch war Rodina innerlich zerstritten, geriet außer Kontrolle des Kremls und schlug einen nationalistischen und populistischen Kurs ein. Nur mit großer Mühe gelang es der Staatsführung unter Ausnutzung der innerparteilichen Führungsquerelen die Situation wieder zu bereinigen.

Ungeachtet der Hoffnungen des Kremls sind die Perspektiven für die neue Partei nicht unbedingt positiv. Laut Umfragen des Allrussischen Zentrums zur Erforschung der Öffentlichen Meinung (VCIOM) sowie der Stiftung Gesellschaftliche Meinung im August und September 2006 würden nur drei bis vier Prozent der Wähler für die neue Partei stimmen. Dagegen hätten 25% für Einiges Russland, 9% für die Kommunisten und 5% für die Liberal-Demokraten gestimmt. Somit hätte die neue Partei nicht einmal die für die Duma erforderliche 7%-Hürde geschafft.

Die „gestaltende“ Rolle des Kreml bei der Fusion der drei Parteien ist unter russischen Experten weitgehend unumstritten, allerdings werden der neuen Partei bei den bevorstehenden Parlamentswahlen 2007 kaum mehr als 15 bis 20 Prozent der Stimmen vorausgesagt. Addiert man die voraussichtlichen 40 Prozent der Partei Einiges Russland hinzu, so würde dies eine absolute Mehrheit im Parlament für die von der Staatsführung bevorzugten Parteien bedeuten, und somit faktisch eine Einparteienherrschaft. Anderen Parteien bliebe in dieser Situation nur die Fusion mit den beiden Parteien der Macht oder die Gefahr, in die politische Bedeutungslosigkeit zu fallen. Folglich sind weitere Parteienzusammenschlüsse in Zukunft nicht auszuschließen.

3. Fazit

Das zentrale Ziel, das der Kreml mit dem Aufbau einer neuen Partei der Macht verfolgt, ist die Macht- und Ressourcensicherung der heute regierenden Eliten nach 2008. Dies könnte auf dem Wege einer Verfassungsänderung durch die erneute Wahl Putins geschehen oder durch die Wahl eines dem Präsidenten genehmen Nachfolgers. Entscheidend ist die Machtsicherung über das Jahr 2008 hinaus. Diesem Ziel soll die Etablierung des „Zwei/Einparteiensystems“ dienen, wobei beide Parteien unter Kontrolle des Kremls stehen sollen.

Eine Prognose über den Ausgang der Parlamentswahlen 2007 und der Präsidentschaftswahlen 2008 zu geben, ist bei den russischen Verhältnissen äußerst schwierig. Die Machtübergabe an Putin 1999 hat gezeigt, dass die Entscheidung im Kreml erst in den letzten Monaten fällt. Derzeit sind zwei Szenarien denkbar: dem wahrscheinlicheren zufolge gehen die beiden Parteien mit jeweils einem eigenen Kandidaten in die Wahl, die aber nicht wirklich miteinander konkurrieren. Ganz gleich wer gewählt würde – die politische Macht bliebe in der Hand der bisherigen Eliten. Dem anderen Szenario zufolge kann nicht ausgeschlossen werden, dass es bereits jetzt konkurrierende Gruppen innerhalb der Regierungseliten gibt. Diese würden dann versuchen, die neue Partei zu instrumentalisieren, um einen Kandidaten aufzustellen, der ihren Vorstellungen entspricht. Würde dieser gewählt, so würde er die Interessen seiner „Sponsoren“ besonders vertreten. In diesem Zusammenhang wird der amtierende Verteidigungsminister Iwanow als Vertreter einer militärisch orientierten Gruppierung genannt. Der Aufsichtsratsvorsitzende des Gaskonzerns GASPROM, Dmitrij Medwedjew, soll hingegen die Führungsfigur einer wirtschaftsorientierten Gruppe sein.

An der Etablierung eines Zweiparteiensystems auf Initiative des Kremls wird zweierlei deutlich. Zum einen werden demokratische Grundsätze von den regierenden Eliten sträflich vernachlässigt. Zum anderen zeigen die Maßnahmen der „Demokratie-lenkung“ die Nervosität der Kremlführung, je näher die Wahltermine rücken.

Diese Entwicklung ist nicht nur mit Blick auf die innenpolitische Situation Russlands beachtenswert, sondern auch mit Blick auf die künftige Außenpolitik. Die russische Außenpolitik wird wie in kaum einem anderen europäischen Staat durch Personen und Interessengruppen bestimmt. Damit haben innenpolitische Verschiebungen der Machtkonstellationen direkte Auswirkung auf das außenpolitische Handeln Russlands. Mit einer stärkeren Kontrolle des Parteiensystems, in Verbindung mit mangelnder Medien- und Justizfreiheit, einer schwachen Zivilgesellschaft sowie einer starken „Machtvertikale“ würde sich Russland noch stärker dem „bürokratischen Autoritarismus“ annähern. Aus dieser Perspektive dürfte die Entwicklung eines „Zwei/Einparteiensystems“ die Machtverhältnisse innerhalb Russlands noch deutlicher zementieren, was wiederum die Außenpolitik Russlands in den nächsten Jahren maßgebend prägen würde. Das russische Vorgehen im postsowjetischen Raum – etwa gegenüber Georgien oder der Ukraine – zeigt bereits jetzt die außenpolitischen Folgen der „gelenkten Demokratie“. Folglich muss man sich bewusst werden, dass die heutige Einflussnahme auf die inneren Verhältnisse Russlands die Beeinflussung der russischen Außenpolitik von morgen bedeutet.

Heinrich Schwabecher ist Projektmitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung und Mitglied des Arbeitskreises Junger Außenpolitiker der KAS.

**Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung
Hauptabteilung Politik und Beratung:**

Dr. Karl-Heinz Kamp
Leiter Arbeitsgruppe Außenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Klingelhöferstr. 23
10907 Berlin
E-Mail: karl-heinz.kamp@kas.de
Telefon: +49 30 26996-3510